

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

06. – 12. September 2025

Sébastien Lecornu ist der neue Premierminister Frankreichs. Nachdem François Bayrou am 8. September 2025 im Parlament als erster französischer Premierminister an der Vertrauensfrage scheiterte, ernannte Präsident Emmanuel Macron am 9. September den bisherigen Verteidigungsminister Sébastien Lecornu zum neuen Regierungschef. Lecornu, ein langjähriger Vertrauter Macrons, steht nun vor der zentralen Aufgabe, den Haushalt für 2026 auf den Weg zu bringen und eine Regierung zu formen, die in einer fragmentierten politischen Landschaft zum Wohle Frankreichs navigieren soll. Bereits bei seiner Amtsübernahme kündigte Lecornu sowohl stilistisch als auch inhaltlich Veränderungen an: „Es wird notwendige Brüche geben müssen, und zwar nicht nur in der Form, nicht nur in der Methode, sondern auch inhaltlich“, sagte er.

Der neue Premierminister Sébastien Lecornu hat umgehend seine Arbeit aufgenommen. Anstatt neue Minister zu ernennen, wird Lecornu – ganz im Sinne von Präsident Macron – zunächst Gespräche mit den im Parlament vertretenen Parteien führen. Das Ziel besteht darin, einen Haushaltentwurf für das Jahr 2026 zu erarbeiten, der die Anforderungen der vertretenen Parteien berücksichtigt und nicht auf dem Entwurf von Vorgänger Bayrou basiert. Gleichzeitig soll dieser Entwurf eine Grundlage für zukünftige politische Entscheidungen schaffen. Am Donnerstag traf Lecornu Vertreter der Parteien der bisherigen Regierungsallianz (*Renaissance, MoDem, Horizons, Les Républicains*), um eine gemeinsame Grundlage zu erarbeiten. In den nächsten Tagen sollen Gespräche mit der Opposition folgen. Das Büro des neuen Premierministers hat bereits die Kommunisten, Sozialisten und Grünen kontaktiert. Die linkspopulistische Partei *La France insoumise* hat ein Misstrauensvotum angekündigt. Der *Rassemblement National* fordert einen echten Politikwechsel – andernfalls werde man die Regierung stürzen. Bis zur Ernennung des neuen Kabinetts bleiben die bisherigen Minister geschäftsführend im Amt. Spätestens Anfang Oktober muss eine neue Regierung gebildet sein, um den Haushaltentwurf ins Parlament einzubringen.

In ganz Frankreich fanden am 10. September Ausschreitungen im Rahmen der Bewegung *Bloquons tout statt*. Die im Sommer über soziale Netzwerke entstandene und später von linken Parteien unterstützte Bewegung organisierte zahlreiche Aktionen im gesamten Land. Blockiert wurden unter anderem die Zufahrten des Pariser Autobahnring, Umgehungsstraßen in Städten wie Rennes und Nantes sowie Bahnhöfe, Universitäten und Unternehmen. Ein massives Polizeiaufgebot mit 80.000 Polizisten und Gendarmen waren im Einsatz. Bereits im Vorfeld hatte der scheidende Innenminister Bruno Retailleau klare Anweisungen erteilt: „Kein einziger Blockadeversuch, keine Gewalt wird toleriert.“ Laut Innenministerium wurden insgesamt 812 Aktionen verzeichnet – darunter 550 Versammlungen und 262 Blockaden – mit rund 175.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Die Gewerkschaft CGT sprach hingegen von 250.000 Menschen, die sich an etwa 200 Kundgebungen und Demonstrationen beteiligt hätten. „Die Blockierer haben Frankreich nicht blockiert“, erklärte später Bruno Retailleau und begrüßte „das Scheitern jener, die das Land lahmlegen wollten“. Am 18. September erwartet Frankreich die nächste Protestwelle, zu der die französischen Gewerkschaften aufgerufen haben.

Der scheidende Europaminister Benjamin Haddad bezeichnet den jüngsten Luftraumverstoß durch russische Drohnen als „inakzeptable Provokation“ gegenüber einem NATO- und EU-Mitglied. Er sieht darin eine bewusste Eskalation durch Russland und betont, dass der Krieg gegen die Ukraine letztlich die gesamte europäische Sicherheit bedrohe. Die Aktivierung von Artikel 4 der NATO unterstreiche laut Haddad die Ernsthaftigkeit der Lage. Frankreich sei bereit, seine Truppenpräsenz in Osteuropa zu verstärken. Zudem warnte er vor hybriden Angriffen wie Cyberattacken und Destabilisierungsversuchen durch ausländische Akteure und hob die Notwendigkeit gemeinsamer europäischer Reaktionen hervor.

In der Nacht von Montag auf Dienstag, dem 9. September wurden in Paris neun Schweinsköpfe vor Moscheen deponiert. Einige der Schweinsköpfe trugen die Aufschrift „MACRON“ in blauer Tinte. Wie die Pariser Staatsanwaltschaft am Mittwoch mitteilte, handelt es sich bei den Tatverdächtigen um ausländische Staatsangehörige, die das französische Staatsgebiet inzwischen wieder verlassen haben. Ermittlungen zufolge nutzten die Männer ein Fahrzeug mit serbischen Kennzeichen, das in der entsprechenden Nacht durch Videoaufnahmen in den betroffenen Stadtteilen identifiziert wurde, sowie eine kroatische Telefonnummer, die am

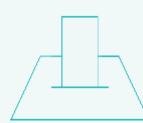
Dienstagmorgen an der französisch-belgischen Grenze geortet wurde. Ein Landwirt in der Normandie hatte sich zuvor bei den Behörden gemeldet und angegeben, zwei Männer hätten ihm rund zehn Schweinsköpfe abgekauft. Der Pariser Polizeipräsident Laurent Nuñez äußerte den Verdacht einer möglichen ausländischen Einflussnahme.

Das Berufungsverfahren gegen Marine Le Pen soll vom 13. Januar bis zum 12. Februar 2026 stattfinden. In erster Instanz war sie Ende März 2025 unter anderem wegen Veruntreuung öffentlicher Gelder zu fünf Jahren Unwählbarkeit verurteilt worden. Le Pen versucht im Berufungsverfahren nun vor allem, die sofortige Vollstreckung des Urteils abzuwenden, da sie sonst nicht an der Präsidentschaftswahl 2027 teilnehmen könnte. Der Prozess fällt mitten in den Wahlkampf für die Kommunalwahlen, die direkt im Anschluss am 15. und 22. März 2026 angesetzt sind.

Die französische Parlamentskommission zu den psychologischen Auswirkungen von TikTok auf Minderjährige hat einen Bericht mit 43 Empfehlungen vorgelegt. Zentrale Vorschläge sind ein Verbot von sozialen Netzwerken (außer Messengern) für Kinder unter 15 Jahren sowie eine „digitale Ausgangssperre“ für 15- bis 18-Jährige zwischen 22 Uhr und 8 Uhr. Zudem fordert die Kommission Aufklärungskampagnen für Eltern, die Einführung eines Straftatbestands der „digitalen Vernachlässigung“ und strengere Regeln an Schulen, während TikTok die Kritik zurückweist und auf bereits eingeführte Schutzmaßnahmen verweist.

Ein Arbeitnehmer, der während seines Urlaubs erkrankt, hat künftig das Recht, seine Urlaubstage nachzuholen. Dies entschied der französische Kassationshof am 10. September, um das nationale Recht an das EU-Recht anzugeleichen. Voraussetzung ist, dass der Krankenschein dem Arbeitgeber gemeldet wird. Im EU-Recht dient der bezahlte Urlaub dazu, sich zu erholen und Freizeit zu genießen, während der Krankheitsurlaub der Genesung von gesundheitlichen Problemen vorbehalten ist. Nach Auffassung des französischen Kassationshofs haben beide Rechte daher eine unterschiedliche Zielsetzung.

PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN



Philippe Gustin, Diplomat und enger Vertrauter von Sébastien Lecornu, wird dessen neuer Kabinettschef. Der 65-Jährige, ehemaliger Präfekt der Bretagne, verfügt über eine lange Karriere in Verwaltung und Politik. Er war unter anderem französischer Botschafter in Rumänien sowie in verschiedenen Schlüsselpositionen unter Nicolas Sarkozy und später unter Emmanuel Macron tätig. Gustin gilt als sehr direkt, durchsetzungskraftig und „Türöffner“ – jemand, der schwierige Aufgaben kompromisslos angeht. Seine Erfahrung und sein pragmatischer Stil sollen ihn für die Herausforderungen des Premierministers wappnen. Das Duo Lecornu-Gustin wird als ideale Ergänzung gesehen: Lecornu als verhandlungsstarker Politiker, Gustin als geradliniger Macher im Hintergrund.

DIE ZAHL DER WOCHE

0,32 %

3	8	4	7
0	2	6	5
5	3	1	2
7	4	9	6
9	8	2	0

Die Ernennung von Sébastien Lecornu zum Premierminister löste an den Finanzmärkten kaum Reaktionen aus. Der französische Börsenindex CAC 40 stieg nur leicht um 0,32 %. Bereits die Vertrauensabstimmung gegen François Bayrou und sein Rücktritt hatten die Börse kaum beeinflusst. Analysten betonen, dass für die Märkte wichtiger ist, wie Frankreich mit seiner angespannten Haushaltsslage umgeht. Laut Finanzministerium könnte das Defizit 2026 ohne Einsparungen auf 6,1 % des BIP steigen. Eine Absenkung des Sparziels von 44 auf 20 Milliarden Euro gilt als unzureichend für EU und Finanzmärkte. Am Freitag wird die Ratingagentur Fitch ihre neue Bewertung Frankreichs veröffentlichen. Eine Herabstufung wird als wahrscheinlich gesehen und könnte die finanziellen Spielräume Frankreichs weiter einschränken.